

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 26 (1934)
Heft: 11

Artikel: Gewerkschaften und Umbau der Wirtschaft
Autor: M.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352720>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

diese einen ständigen Anreiz, seine Lage zu verbessern; sie spornen ihn infolgedessen an, mit Einsatz seiner ganzen Kraft seine Leistungen systematisch zu steigern.»

Die Gesellschaft der europäischen Fordfabriken hat Vergleiche zwischen den Leistungen der Arbeiter in den verschiedenen Ländern angestellt, in welchen sie Niederlassungen hat. Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich aus der Anwendung der verschiedenen Münzeinheiten ergeben, hatte die Gesellschaft eine neue Vergleichsgrundlage, die «Minutenkosten» eingeführt. Sie beschäftigt in ihren verschiedenen Zweigniederlassungen französische, belgische, dänische, deutsche, italienische, spanische, schwedische, finnische und türkische Arbeiter, die in jedem dieser Länder die gleiche Arbeit mit gleichen Maschinen und Werkzeugen und nach dem gleichen Verfahren verrichten. Nach Aussage des Leiters der Fordunternehmungen, Sir Percival Perry, sind in Dänemark, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, die Minutenkosten am niedrigsten. In Belgien dagegen, wo die niedrigsten Löhne gezahlt wurden, sind die Minutenkosten am höchsten. «Es handelt sich hier nicht um einen aufs Geratewohl unternommenen Vergleich, sondern von Woche zu Woche und von Monat zu Monat wird diese Tatsache aufs neue zahlenmässig bestätigt».

Durch die hier mitgeteilten Erfahrungen aus mehreren Industrieländern wird hinreichend die Tatsache erhärtet, dass hohe Löhne, die eine hohe Kaufkraft verbürgen, der Segen der Menschheit und des kulturellen Fortschritts sind. Sie sind auch der Motor der Wirtschaft. In der gegenwärtigen Krise erweist es sich als unmöglich, die zu Bergen getürmten Lebensmittel und Rohstoffe und die den Fabriken entströmenden Gebrauchsgegenstände zu verbrauchen. Ein hoher Lohnstand vermag auch einen höheren Stand der Wirtschaft zu halten. Es gibt einige Oasen in der Weltwirtschaft, wo nach wie vor ein hoher Lebensstandard gehalten werden konnte. Dazu gehört die Schweiz. Für die Arbeiterschaft aller Länder wäre es ein Rückschlag, wenn es gelingen würde, die Löhne dieses Landes wesentlich zu verschlechtern. Eine Verschlechterung des Lebensstandards in irgend einem Lande ist ein Minusposten für die Weltwirtschaft.

Gewerkschaften und Umbau der Wirtschaft.

Der Aufsatz, der unter diesem Titel im Septemberheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau» erschienen ist, hat uns kritische Äusserungen aus dem gegnerischen wie auch aus dem eigenen Lager eingetragen. In der freisinnigen Presse ist, unter ganz verschiedenen Titeln, ein Artikel erschienen, offenbar aus dem Bureau der Mittelpresse stammend, der in der bekannten liebens-

würdigen Weise, die man von jener Seite gewohnt ist, gegen die Arbeiterbewegung hetzte. Es soll nur der wesentliche Irrtum jenes Angriffs richtig gestellt werden, womit seine ganze Argumentation zusammenbricht. Es wurde so dargestellt, als ob unser Aufsatz im Septemberheft die Folge der heutigen politischen Lage sei und ein «Verzweifeln» am Sozialismus bedeute. Das ist vollständig falsch. Die Auffassung, die wir dort zum Ausdruck brachten, sind nicht Erkenntnisse, die erst von heute datieren. Wir haben sie schon vor nahezu 10 Jahren vertreten. Es sei nur verwiesen auf einen Artikel in der «Roten Revue» vom Oktober 1925, der einen Abschnitt wiedergab aus einer grösseren Arbeit über das Problem der Sozialisierung. Es wird dort sogar verwiesen auf ähnliche Auffassungen führender sozialistischer Theoretiker in bezug auf die Umgestaltung der Wirtschaft. Heute könnten noch weitere Wissenschaftler von Ruf als Zeugen zitiert werden. Wir können somit das Scherbengericht, das jene Zeitungen uns prophezeien, in aller Ruhe abwarten. Im übrigen lassen wir den Korrespondenten der freisinnigen Presse rechts liegen, denn in seinem Artikel ist kein einziger sachlicher Einwand, ja überhaupt kein Argument, mit dem man sich auseinandersetzen könnte, enthalten.

Ferner ist uns ein Artikel zugestellt worden von einem Kollegen, der offenbar fand, die Gewerkschaften befinden sich auf falscher Bahn, wenn sie das Problem der wirtschaftlichen Umgestaltung so betrachten, wie wir das getan haben. Seine Ausführungen sind so typisch für die Meinung, die im Septemberheft bekämpft werden sollte, dass wir hier einige Stellen abdrucken, um zu zeigen, wo die Differenzen und die Irrtümer liegen.

I. «Es ist nicht zutreffend, dass die freie Konkurrenz die Wirtschaftskrisen herbeigeführt hat. Dass die Ausschaltung oder Beschränkung der Konkurrenz allein die Krise nicht beseitigt, beweist die Tatsache, dass auch die heutige Form der Privatwirtschaft, nämlich der Monopolkapitalismus mit seinen Trusten und Kartellen, die die Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet haben, die Krise nicht verhindern konnte, im Gegenteil, sie ist schärfer aufgetreten als je zuvor. Die wirkliche Ursache der Krise ist die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bzw. deren Triebfeder, die Profitbestrebung».

Diese Krisentheorie, die die Krise einfach aus dem Profitstreben erklärt, geht der Krisenursache nicht genügend auf den Grund und kommt daher auch zu falschen Schlussfolgerungen. Nicht das Profitstreben an und für sich ist die entscheidende Krisenursache, sondern die Anarchie in der Wirtschaft, das Fehlen einer Organisation der Volks- und Weltwirtschaft. An dieser Tatsache ändern auch die Kartelle und Trusts

nichts, weil sie ja immer nur auf einem ganz beschränkten Gebiet die Produktion zu regulieren suchen. Die Entwicklung der Wirtschaft ist dem Prinzip nach immer noch sich selbst überlassen, beziehungsweise der Willkür der einzelnen Unternehmer. Infolgedessen entstehen periodisch Missverhältnisse zwischen Produktion und Nachfrage in den verschiedensten Teilen der Wirtschaft, Missverhältnisse im Wachstum der verschiedenen Wirtschaftszweige. Das führt zu Störungen, zur Krise.

Es ist theoretisch denkbar, dass in einer Wirtschaft, in der das privatkapitalistische Profitstreben beseitigt ist, indem nur noch genossenschaftliche Unternehmungen existieren, trotzdem Krisen möglich sind, weil diese Genossenschaftsunternehmungen für sich allein wirtschaften, ohne gesamtwirtschaftliche Organisation. Es ist aber umgekehrt auch denkbar, dass eine Wirtschaft, in der der Profit nach wie vor möglich ist, planwirtschaftlich organisiert wird, indem entweder alles einer monopolkapitalistischen Macht unterstellt ist, oder indem sich die verschiedenen kapitalistischen Gruppen verständigen über eine Gesamtorganisation der Wirtschaft. Man kann der Auffassung sein, dass das scheitern müsste an den sich widersprechenden Interessen der einzelnen Gruppen. Das ist möglich, aber nicht bewiesen. Jedenfalls zeigen diese Überlegungen, dass die Krisenerscheinung nicht unbedingt gebunden ist an das Profitstreben, weil sie eben eine Folge der mangelhaft oder überhaupt nicht organisierten Wirtschaft ist.

Der Kapitalismus bringt der Arbeiterbewegung schweren Schaden einerseits durch die Ausbeutung (Profit) und andererseits durch die Anarchie der Wirtschaft (Krise). Das Ziel der Arbeiterbewegung muss daher darin bestehen, sowohl die Ausbeutung als auch die wirtschaftliche Anarchie zu beseitigen. Aber daraus kann noch nicht der Schluss gezogen werden, dass Krise und Ausbeutung in entscheidendem, kausalem Zusammenhang stehen.

2. « Da der Arbeitslohn bzw. Gehalt auch einen Teil der Selbstkosten bildet, versuchen es die Unternehmer, wo und wann das nur möglich ist, das Arbeitseinkommen des beschäftigten Personals tunlichst niedrig zu halten.

Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung wächst proportional mit dem Preis der Verbrauchsgüter. Da aber die Tendenz der privatwirtschaftlichen Produktion die Preiserhöhung und Lohnherabsetzung ist, so bewirkt sie die Senkung der Kaufkraft, während auf der andern Seite die Produktionsmenge steigt. Auf der einen Seite wird also immer mehr produziert, auf der andern Seite immer weniger konsumiert. Dieser Zustand führt schliesslich zu einer Disproportion zwischen Produktion und Konsum, die schliesslich so gross wird, dass die aufgehäuften Warenvorräte nicht mehr verkauft werden können; dann tritt die Krise ein mit der üblichen Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit ».

Dieser Auffassung liegt die primitive Kaufkrafttheorie zu Grunde, auf die sich der Gegner gewöhnlich mit Vergnügen stürzt, um daran nachzuweisen, dass die Kaufkrafttheorie überhaupt falsch sei. Niedrige Löhne würden allein noch nicht eine Krise verursachen, denn die Kaufkraft ist natürlich nicht auf die lohnarbeitende Bevölkerung beschränkt. Auch der Profit stellt Kaufkraft dar, nur in anderer Form, bzw. er bedeutet Nachfrage nach andern Waren. Wenn aber die Produktion mit dieser Nachfrage übereinstimmt, bricht keine Krise aus. Das Gleichgewicht der Wirtschaft wird aber gestört durch das Auseinanderfallen zwischen Produktion von Massengütern und der Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung (die eben Nachfrage nach Massengütern darstellt). Insofern, aber nur mit dieser Einschränkung, ist die Darstellung richtig, dass niedrige Löhne und Lohndruck eine Krisenursache sind. Sie sind aber nicht die einzige Ursache der Krise. Etwas anderes ist wiederum die Feststellung, dass Lohnabbau die Krise nicht beheben kann, sondern sie verschärft.

3. « An dieser Stelle wird sich wohl erübrigen (!), darauf hinzuweisen, dass die heutige Krise von den früheren Krisen sich dadurch unterscheidet, dass die jetzige Krise die Krise der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt ist. Denn neue Absatzmärkte können nicht mehr erobert werden und in jedem Lande ist die Entwicklung der Produktion heute soweit fortgeschritten, dass die Märkte bei den vorhandenen sozialen Verhältnissen nicht aufnahmebereit sind. Ein erheblicher Teil des Produktionsapparates steht heute still, wertvolle Rohstoffe werden vernichtet, und es besteht heute gar keine Möglichkeit mehr, die Krise und die Arbeitslosigkeit im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu liquidieren, und eine weitere Entwicklung der Technik und Wirtschaft zu gewährleisten. Das ist keine Privatmeinung, keine Theorie, sondern eine konkrete Feststellung, die aus den Gesetzmässigkeiten der heutigen Wirtschaftsordnung mit wissenschaftlicher Zwangsläufigkeit folgt und von einem jeden, der logisch denken will und kann, nachprüfbar ist ».

Wir müssen trotzdem feststellen, dass diese Meinung, die jetzige Krise sei die Endkrise der kapitalistischen Wirtschaft, eine blosse Behauptung ist. Es kann uns das passen oder nicht, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, dass bis jetzt nicht der geringste Beweis für diese Behauptung geleistet worden ist.

Die Begründung, dass keine neuen Absatzmärkte zu erobern seien, ist ganz unhaltbar. Die Welt hat noch gewaltige Gebiete, die vollständig unerschlossen sind. Abgesehen davon, ist die Erweiterung der kapitalistischen Wirtschaft schon bisher viel mehr durch Erweiterung der innern Absatzmärkte vor sich gegangen als durch Einbezug ganz neuer kolonialer Absatz-

gebiete. Auch diese innern Märkte können noch nahezu unbeschränkt erweitert werden, vorausgesetzt, dass auf irgend einem Niveau sich wieder ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage bildet.

Die Auffassung von der Endkrise des Kapitalismus stützt sich ja auf eine ganz irrtümliche Auslegung der Darstellung von Karl Marx im «Kapital», auf jene berühmte Stelle, wo vom Umschlagen der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft die Rede ist. Man muss sich aber klar sein, dass jene Stelle keine Theorie, keine Wissenschaft ist, sondern eine Prophezeiung. Ob Marx selbst geglaubt hat, dass sie sich in dieser ganz schematisch angedeuteten Weise verwirklichen werde, ist fraglich. Wir halten ihn für viel zu geschickt dazu. Er wollte damit nur andeuten, dass einmal eine Weiterentwicklung der Wirtschaft kommen muss. Daraus ist dann der Glaube entstanden an eine naturnotwendige, fast mechanische Umwandlung, die dereinst in einer gewaltigen Wirtschaftskrise erfolgen werde. Das ist aber schon deshalb nicht möglich, weil eine Wirtschaftsordnung gar nicht «umschlagen» kann, wie etwa ein Staatsapparat in ganz andere Hände geraten kann. Es gibt keine wirtschaftliche Revolution, sondern — und dafür ist die ganze Wirtschaftsgeschichte Beweis genug — nur eine Entwicklung, eine allmähliche Umgestaltung, die sich in stetiger Wechselwirkung der Aenderung der Anschauungen und Gewohnheiten der Menschen und der Wandlungen der sozialen Einrichtungen vollzieht. In diesem Sinne wird gewiss der Kapitalismus nicht als der gleiche aus dieser Krise herauskommen, wie er in sie eingetreten ist.

4. Der Artikel kommt sodann zur Schlussfolgerung, dass «Planwirtschaft und Privatwirtschaft miteinander unvereinbar sind. Die Planwirtschaft bedeutet eben eine vollkommene Umgestaltung und eine einheitliche Organisierung der gesamten Wirtschaft». Damit sei auch gesagt, «dass eine Planwirtschaft nur eine sozialistische Planwirtschaft sein kann».

«Mit obigem ist schon gesagt, dass eine Planwirtschaft nur eine sozialistische Planwirtschaft sein kann. Dass die notwendige Konsequenz einer Planwirtschaft eine vollkommene Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse ist, versteht sich von selbst. Will man diese Konsequenzen nicht tragen, so wird eine jede planwirtschaftliche Bestrebung notwendigerweise fehlschlagen, wie dies aus dem missglückten Experiment von Roosevelt zu ersehen ist».

Auch das sind blosser Behauptungen, für die der Beweis heute nicht zu erbringen ist. Wir sehen, dass in der ganzen Welt planwirtschaftliche Bestrebungen im Gange sind unter ganz verschiedenen politischen Systemen, in Japan wie in Russland, in Italien

wie in den Vereinigten Staaten. Das eine ist richtig, dass die private Verfügungsgewalt über das Kapital eine enorme Erschwerung jeder wirtschaftlichen Planung bedeutet, was auch daraus ersichtlich ist, dass in den kapitalistischen Ländern nur mit ungeheuren Schwierigkeiten und teilweise unter weitgehender Beschneidung der Privatwirtschaft etwas zu erreichen ist. Man kann weiter gehen und annehmen, dass eine vollkommene Planwirtschaft in der ganzen Volkswirtschaft eine so weitgehende Beeinträchtigung der Privatwirtschaft bedeutet, dass dann von Privatkapitalismus kaum mehr gesprochen werden kann. Allein daraus kann noch nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass eine Planwirtschaft nur sozialistisch sein kann. Es ist durchaus möglich, dass sich in einzelnen Ländern eine Art Staatskapitalismus herausbildet, eine Wiederholung des Systems des Merkantilismus in neuen Formen, was nicht einer sozialistischen Wirtschaft gleichgesetzt werden kann.

Wir müssen uns hüten, den eigenen Wunsch immer zum Vater des Gedankens zu machen. Wir dürfen nicht eine theoretische Auffassung der Wirklichkeit aufzwingen wollen. Theorien sind recht dann, wenn sie dazu dienen, die Wirklichkeit klarer zu durchleuchten. Allein wenn sie zum Dogma werden, mit dem man die Wirklichkeit in bestimmter Weise ausdeuten will, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht, so wird die Theorie zur Gefahr. Und gerade auch um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten, in denen sich die Arbeiterbewegung befindet, herauszukommen, ist es notwendig, dass die Arbeiterschaft klar denken lernt, indem sie die Tatsachen unvoreingenommen betrachtet und deutet.

M. W.

Wirtschaft.

Die Konjunktur im dritten Vierteljahr 1934.

Seit unserem letzten Quartalbericht ist keine Aenderung von Belang eingetreten. Der leichte internationale Konjunkturaufstieg des Frühjahrs hat sich im allgemeinen nicht fortgesetzt, und die Stockung, die schon im Sommer festzustellen war, dauerte auch in den letzten Monaten fort. Das Ausmass dieser Stockung ist freilich in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Während zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und in Frankreich die industrielle Produktion einen deutlichen Rückschlag erlitten hat, blieb in Grossbritannien und den übrigen Ländern des Sterlingblocks der vorher erreichte Produktionsgewinn erhalten. Forscht man nach den Ursachen des Rückschlages, so muss in erster Linie erwähnt werden, dass der Anstieg vom Frühjahr teilweise künstlich erzeugt war, namentlich durch die amerikanische Währungsmanipulation, und daher früher oder später zusammenbrechen musste. Die Unsicherheit im Währungswesen hat aber auch allgemein auf die ganze Weltwirtschaft lähmend eingewirkt. In gleichem Sinne machte sich die deutsche Einfuhrdrosselung spürbar und natürlich auch die Unsicherheit am politischen Horizont.

Die Lage der Schweiz muss angesichts dieser internationalen Faktoren als befriedigend bezeichnet werden. Auch bei uns hat sich die Besserung